

Die reale Politik der Linken-Führung war spaltend, nicht verbindend

Kurze Replik auf Bernd Riexingers Beitrag in Sozialismus 4-2024

Von Ralf Krämer. Er war lange Jahre aktiv und Mitglied im Parteivorstand der Linken und unterstützt jetzt das „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Die Redaktion der Zeitschrift „Sozialismus“ hat die Veröffentlichung dieses Textes abgelehnt.

Bernd Riexinger behauptet, die von Michael Brie und anderen dargestellte Erzählung zur Entwicklung der Linken sei falsch und setzt seine Erzählung dagegen. Allerdings ist diese selbst falsch.

Riexinger bekräftigt, die Politik der Parteiführung für „offene Grenzen für alle“ sei richtig gewesen. Er begründet das damit, dass soziale Probleme und Spaltungen schon vorher existiert hätten und die Sozialisten und die Gewerkschaften traditionell nicht gegen Migration seien, sondern für gleiche Rechte für alle Beschäftigten. Das ist allerdings nicht die Kontroverse. Die Gewerkschaften haben sich nie für „offene Grenzen für alle“ ausgesprochen. Und es gibt keinen Streit darüber, dass die in einem Land Arbeitenden gleiche Arbeits- und soziale Rechte haben müssen, egal wo sie herkommen, und dass Rassismus entgegengetreten werden muss.

Die reale Differenz ist, ob deswegen die realen sozialen und politischen Probleme, die mit massiver und unregulierter Einwanderung verbunden sind, totgeschwiegen oder schöneredet werden sollen oder ob man sie ernsthaft diskutieren und Politik zu ihrer Bewältigung entwickeln muss. Dazu gehören auch Bemühungen, die Einwanderung so human und sozial wie möglich zu kontrollieren und zu steuern, weil sonst manche Probleme zu groß werden und auch mit mehr Geld nicht gelöst werden könnten – was man auch leicht fordern kann, nur durchsetzen klappt leider nicht.

Es fehlt das Verständnis und die Anerkennung der Realität, dass Demokratie und Sozialstaat nur bestehen können auf dem Territorium eines Staates, der entsprechend gestaltet ist. Die Vorstellung dies zu globalisieren ist völlig illusionär, weil dazu alle gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen fehlen und auch absehbar nicht herstellbar sind, schon gar nicht im Kapitalismus. Es kommt also darauf an, in den einzelnen Staaten die Bedingungen für Demokratie und Sozialstaatlichkeit zu schaffen und aufrechtzuerhalten, auch als Bedingung ihrer Weiterentwicklung und internationaler Solidarität. Übermäßige unregelmäßige Einwanderung ist geeignet, diese Bedingungen zu zerstören, ohne dass damit global irgendetwas gewonnen wäre. Das kann man bedauern, es ist aber so.

Es muss auch beachtet werden, dass die arbeitende oder lohnabhängige Klasse, auf die sich „verbindende Klassenpolitik“ – eine strategische Parole von Riexinger und Teilen der Linkspartei – beziehen müsste, in der Realität vor Ort und dominant auf der nationalstaatlichen Ebene existiert und sich potenziell als soziale Kraft formiert, und keinesfalls irgendwie globalgalaktisch. Grundlage dafür ist, dass dort in hinreichendem Maße ähnliche ökonomische, soziale und kulturelle – vor allem eine gemeinsame Sprache und Öffentlichkeit – und v.a. politische Bedingungen bestehen, auf deren Grundlage gemeinsame Interessen artikuliert und durchgesetzt werden können. Die Lebensbedingungen, gesetzlichen und tariflichen Regelungen sowie die Organisationen bestehen hauptsächlich auf nationalstaatlicher Ebene. Auch das mag man bedauern, es ist aber so und es gibt Gründe dafür, die absehbar nicht zu überwinden sind.

Es muss also um die reale Klasse, die realen Menschen auf diesem Territorium, ihre Interessen und ihr politisches Handeln gehen, auf die sich sozialistische Politik richtet, nicht

um irgendwelche vorgestellten und idealisierten Menschen oder Klassen. Hier muss linke Politik versuchen, Lebensbedingungen zu verbessern und politische Unterstützung und gemeinsame Aktivität zu mobilisieren. Für Interessen und Ziele, die möglichst viele Menschen aus der Klasse als ihre begreifen können, für die sich einzutreten für sie lohnt.

Das war aber nicht das Herangehen der Führung der Linkspartei, sondern diese hat in hohem Maße auch überzogene oder fehlgeleitete Forderungen propagiert, die nicht verbunden haben, sondern Spaltungen in der Klasse und in der Partei vertieft. Neben der Migrationspolitik betrifft das auch die Ökologiepolitik, wo statt sozial und ökonomisch tragfähiger Alternativen überzogene und besonders ökoradikale Positionen bezogen wurden. Ebenso in der Genderpolitik und beim Kampf gegen Rechtsextremismus, der so wie er geführt wurde und wird vielleicht mehr zur Stärkung der AfD beigetragen hat und beiträgt als zu ihrer Schwächung. Auch in der Pandemiepolitik hat die Partei mit überzogenen Positionierungen, denen die staatlichen (Zwangs-)Maßnahmen noch nicht weit genug gingen, zur Vertiefung von Spaltungen in der Gesellschaft beigetragen statt zur Verbindung, und viele Menschen von sich abgestoßen.

In der Friedenspolitik geht es nicht darum, ob der Einmarsch Russlands in die Ukraine als völkerrechtswidrig verurteilt wird. Das ist unstrittig. Wenn Brie zurecht schreibt, die Linkspartei würde dem herrschenden Narrativ nicht widersprechen, geht es darum, dass in ihrer Kommunikation den einseitigen westlichen Erzählungen über die angebliche Alleinverantwortung Russlands nicht mit Darstellung der realen Hintergründe und Vorgeschichte und einer offensiven Kritik der westlichen Politik entgegengetreten wird. Stattdessen stellt sich die Linkspartei als sozusagen linker Teil des herrschenden Blocks auf, der nur mit weniger militaristischen Mitteln die Ziele des Westens gegen die angeblich „Bösen“ durchsetzen will. Es müssten stattdessen konsequent gleiche Standards eingefordert und die Kritik an der global Konflikte und Kriege schürenden Politik des Westens und insbesondere der USA stark gemacht werden, die global betrachtet die noch größeren „Bösen“ sind, wenn man sich auf diese verfehlten Begriffe einlassen wollte.

Dass jemand wie Bernd Riexinger, dem es anscheinend völlig egal ist, dass die überzogenen Positionen der Linkspartei in der Migrations-, Gender-, Ökologiepolitik usw. nur von kleinen Minderheiten in der Bevölkerung unterstützt werden, als Gegenargument die mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung für die Kriegs- und Aufrüstungspolitik anführt, ist schon speziell. Gerade an dieser Frage ist das kein Argument. Und wenn man ernsthaft gegen Kriegsbeteiligung und Aufrüstung mobilisieren will, muss das in breiten Bündnissen geschehen und mit dem Ziel, möglichst viele – außer Nazis und Rechtsextreme – einzubeziehen statt klein und fein nur die Linken anzusprechen. Dann darf man sich nicht der Diffamierung von Friedensaktionen als angeblich „rechtsoffen“ anschließen. Diese dient nur dazu die Friedensbewegung zu spalten und zu schwächen.

Konkret bezogen auf die Partei wird die spaltende Politik der Parteiführung deutlich beim Umgehen mit der Bewegung „Aufstehen“ 2018, die Riexinger auch anspricht. Tatsächlich ging es damals erklärtermaßen und real jedenfalls den Linkspartei-Mitgliedern in dieser Bewegung einschließlich Wagenknecht und Lafontaine als zentralen Personen nicht um eine neue Partei und Spaltung der Linkspartei – anders als 2023 mit dem BSW. Es ging um die Mobilisierung der traditionell sozial orientierten Kräfte in der Gesellschaft, die sich in den Diskussionen und Positionen der bestehenden Parteien nicht mehr wiederfanden.

Mit Offenheit und „Umarmung“ dieser Bewegung, wie es in „Aufstehen“ aktive Linke damals vorgeschlagen haben, hätten viele dieser Menschen – teils wieder – für die Linkspartei

gewonnen werden können. Denn deren politische Positionen waren mit den Forderungen von „Aufstehen“ weitgehend kompatibel, wogegen SPD und Grüne sie abgelehnt haben. Allerdings hätte das eine veränderte Schwerpunktsetzung und Mitgliederzusammensetzung und in der Folge vielleicht andere politische Mehrheiten und Ausrichtungen der Linken bedeutet. Wieder mehr traditionell sozial und friedenspolitisch und weniger „woke“ und ökologisch und attraktiv vor allem für jüngere akademische Aktivist*innenmilieus in den größeren Städten, die die Basis der Neueintritte der vorangegangenen Jahre waren.

Dies wollte die Parteiführung verhindern, obwohl es real verbindende Politik in der Klasse und in der sozialen Linken gewesen wäre und sich wahlpolitisch wahrscheinlich sehr positiv ausgewirkt hätte. Stattdessen hat sie scharf gegen „Aufstehen“ agiert und verschärfte sie die Politik der Abgrenzung und Ausgrenzung von weiten Teilen des Volks der Linken und der entsprechenden Teile der Partei. Mit einer Priorität für die eher „linksliberalen“ Kräfte statt die „dezidiert sozialistischen“ – Brie hat im Kern Recht. Die Parteiführung hatte und hat damit wesentliche Verantwortung für die Schwächung der gesellschaftlichen Linken, die Eskalation der Auseinandersetzungen und letztlich die Spaltung der Partei, die sich 2023/2024 dann vollzogen hat. Ihre Politik war das Gegenteil von „verbindend“.